



Göttingen 26. November 2009

## **Presseinformation**

zur Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.  
am 26. und 27. November 2009 in Göttingen

## **Zukünftige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik – Herausforderungen – Erwartungen – Ziele – Positionen**

**hier: Ausgestaltung des Finanzrahmens und der Direktzahlungen für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013**

**Adalbert Kienle, Stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes**

### **Lissabon-Vertrag, weiterhin Unterstützungen für die Landwirte**

Mit dem Lissabon-Vertrag haben wir jetzt die volle Mitentscheidung des Europäischen Parlaments. Das Parlament ist damit auch in Haushaltsfragen und in allen Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Augenhöhe mit Rat und Kommission. Der ehemalige EU-Agrarkommissar Franz Fischler vertrat hierzu in der vergangenen Woche die Ansicht, dass die Mitentscheidung nicht zum Vorteil der Landwirte sein werde. Das Parlament hat einen großen Zuwachs an Macht gewonnen – aber sollen wir uns vor mehr Demokratie, vor mehr Verantwortung der Europa-Abgeordneten fürchten? Zum Lissabon-Vertrag gehört auch eine stärkere Verschränkung der europäischen Gesetzgebung mit den nationalen Parlamenten.

Die neue Bundesregierung und den von den neuen Koalitionspartnern CDU/CSU/FDP ausgehandelten Koalitionsvertrag sehen wir als positiv und „bauernfreundlich“ an:

- Die neue Bundesregierung bekennt sich zur Marktorientierung und zum bäuerlichen Unternehmertum und sieht zugleich auch ihre Verantwortung für eine soziale und gesellschaftliche Abfederung
- Mit dem Sonderprogramm für die Landwirtschaft – ca. 1 Mrd. € – wird eine beachtliche Krisenhilfe geleistet. Das ist gewissermaßen das Konjunkturpaket für die Bauern
- Deutschland will ordnungspolitisch schädliche nationale Alleingänge unterlassen – sei es durch einseitige Mengenbegrenzungen bei Milch oder beim Tierschutz

Damit sehen wir uns in unserer grundsätzlichen Ausrichtung bestätigt.

Wahr ist, dass keine Politik auf der Welt ausgleichen kann, was auf den Märkten verloren geht. Wahr ist aber auch, dass in der Krise jede Hilfe zählt. Es wurde etwas getan, um die Liquidität der Betriebe zu sichern: Die EU-Betriebsprämie wird einen Monat früher ausbezahlt. Das Liquiditätshilfeprogramm, das über die Landwirtschaftliche Rentenbank abgewickelt wird, wird jetzt noch um zwei Jahre verlängert. Beim Agrardiesel ist mit der Senkung des Steuersatzes auf die Zeit vor

Landwirtschaftsministerin Renate Künast ein Schritt zum Abbau eines gravierenden Wettbewerbsnachteils gemacht worden, jetzt wurde diese Entlastung noch „entfristet“.

Bundesministerin Ilse Aigner hat jetzt die Einzelheiten des geplanten Grünlandmilchprogramms in Höhe von 500 Mio. € vorgestellt. Gewiss trägt Brüssel seinen Teil der Schuld an Protest und Aufruhr der Milchbauern, denn Brüssel hat erst spät reagiert. Zusätzliche Absatz fördernde Maßnahmen und Finanzmittel für Milch und Milchprodukte waren ebenso mehr als gerecht. Ohne die Interventionsmaßnahmen wäre der Milchpreis noch viel weiter abgestürzt, wohl bis auf 15 Cent. Auch Geld für Exportförderung war in der Krise gut angelegt. Ein unverzeihlicher Fehler wäre es gewesen, wenn wir angestammte Exportmärkte in Nahost, Russland und Ostasien nicht verteidigt hätten. Auch die jüngst beschlossenen 300 Mio. € der EU für ein Sonderprogramm zugunsten der Milchbauern machen Sinn, es soll in Deutschland zur Aufstockung des Grünlandmilchprogrammes verwendet werden (61 Mio. €).

### **Leitbild der multifunktionalen Landwirtschaft auch nach 2013**

Es wird bei den Themen „EU-Haushalt von 2014 bis 2020“ sowie „Gemeinsame Agrarpolitik 2013 bis 2020“ heiße Diskussionen und Auseinandersetzungen in den Organen der EU, zwischen den Nationalstaaten und innerhalb der Zivilgesellschaft geben. Bevor man über das Geld und das Geldverteilen redet, sollte man sich noch einmal vergewissern, was man will. Deshalb meine ich, dass jede Debatte um die Weiterentwicklung der GAP nach 2013 weiterhin auf dem Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft fußen muss, die marktorientiert wirtschaftet und zugleich gesellschaftlichen Belangen dient.

Eine GAP aber kann nicht kostenlos sein, wenn mit jedem Reformschritt seit 1992 versucht wird, den offenkundigen Zielkonflikt zwischen einer internationalen Marktöffnung (WTO-Doha-Runde) einerseits und hohen gesellschaftlichen Anforderungen andererseits (vorbeugender Verbraucherschutz, Umweltschutz und Tierschutz) auszutarieren. Damit ist ein Verzicht auf Produktivität verbunden, ein Nachteil im Wettbewerb. Aber genau das ist politisch und gesellschaftlich gewollt – wir haben nun einmal eine andere Handhabung bei GMO's, Hormonen, Wachstumsförderern, bei der Salmonellenbekämpfung oder beim Erhalt der Landschaft. Diese im internationalen Vergleich höheren Standards verursachen Kosten und die kann man nicht allein den Landwirten aufbürden.

Ich möchte nochmals den früheren Agrarkommissar Fischler heranziehen, der in der vergangenen Woche betont hat:

- Veränderungen in der GAP müssen verkraftbar sein, sie dürfen keine Brüche auslösen
- Die Landwirtschaft hat weiterhin einen großen Kulturauftrag, dessen Ausführung mit großen Kosten verbunden ist
- Es gibt in der Landwirtschaft nach wie vor eine soziale Frage – ja, sagt Fischler, die europäischen Direktzahlungen sollen auch eine Einkommenskomponente haben

Auch unter den Gesichtspunkten zunehmend volatiler Märkte gibt es keine bessere Risikoabsicherung als die entkoppelte und bis 2013 politisch zugesagte Betriebsprämie. Das ist die Kombination aus Markterlösen und direkter Einkommensförderung – für mich die Formel für eine gelebte Soziale Marktwirtschaft in der Landwirtschaft. Weil das so ist, müssen wir die Grundabsicherung über beide Säulen der EU-Agrarpolitik verteidigen. Wir erhalten unsere Landwirtschaft nicht mit einer radikalen Marktorientierung. Wir brauchen Leitplanken für Marktorientierung und für Ausgleich, Hilfestellung der Politik für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe, eine finanzielle Honorierung der landschaftspflegerischen und Umweltleistungen und einen Ausgleich für höhere Kosten durch die weltweit höchsten Standards im Tierschutz und im Verbraucherschutz. Damit haben die Direktzahlungen auch nach dem Jahr 2013 für uns eine herausragende Bedeutung.

Die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag festgelegt: „Aus Gründen der *Verlässlichkeit und Planungssicherheit* müssen die *EU-Direktzahlungen bis 2013 sicher sein. Wir brauchen auch nach 2013 eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik*“. Mit dieser Formulierung können wir gut leben – und uns für den bevorstehenden Streit rüsten.

### **Weiterer Abbau von Marktregulierungen**

Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hat klargemacht, dass der in Brüssel durchgesickerte Entwurf einer Mitteilung mit Empfehlungen der Europäischen Kommission für die Ausrichtung des EU-Haushalts nach 2013 „in der Mülltonne“ sei. Das offizielle Papier wird im neuen Jahr von der neuen Kommission vorgestellt werden. Im kommenden Herbst erst werden auch erste Überlegungen (Mitteilung) für die Agrarpolitik nach 2013 zur politischen Diskussion gestellt, die legislativen Vorschläge werden für Mitte 2011 erwartet, die Entscheidungen dann im ersten Halbjahr 2012.

Im Sinne von Reflektion bringe ich hier diese Gedanken ein: Wir wollen eine starke Landwirtschaft, lebensfähige bäuerliche Betriebe – die für den heimischen großen Binnenmarkt produzieren. Unsere Landwirtschaft kann und soll aber auch einen Beitrag zur Welternährung leisten – in den nächsten 20 Jahren muss sich die Weltagrarproduktion verdoppeln. Seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sieht man die Rolle der Agrar- und Ernährungswirtschaft stärker als Faktor von strategischer Bedeutung – Stichwort Versorgungssicherheit. Unsere Landwirtschaft hat mehr denn je auch die Aufgabe, die Kulturlandschaften zu pflegen, einen aktiven Beitrag für den Erhalt der Umweltgüter zu leisten, auch zum Klimaschutz beizutragen.

Wie lässt sich das in offenen Märkten – ohne Zollschutz – erreichen? Wenn man dieses Leistungsspektrum unserer deutschen und europäischen Landwirtschaft sichern will, gibt es nur eines: die Direktzahlungen. Deshalb ist und bleibt die Gewährung der Direktzahlungen, die Ausgestaltung der Direktzahlungen und die entsprechende finanzielle Ausstattung zentrales Thema der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik. Eine feindselige Gegenüberstellung – oder gegenseitiges Ausspielen – von erster und zweiter Säule sind falsch. Selbstverständlich muss die Rechtfertigung „modernisiert“ werden, auch wird es Forderungen nach Umverteilung geben, voran seitens der neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa (doch es gibt auch unterschiedliche Kosten und Einkommensniveaus). Auch gilt es nationale und regionale Spielräume zur Ausgestaltung der Betriebsprämie zu diskutieren – so wissen wir, dass eine regional einheitliche Flächenprämie wie in Deutschland keineswegs das erklärte Ziel in den meisten westlichen EU-Staaten ist.

Wir werden darauf dringen, dass die Direktzahlungen weiterhin mehr sind als nur Kostenausgleich für höhere Standards – die entkoppelte EU-Betriebsprämie muss eine glaubwürdige „Grundabsicherung“ für die Erbringung der gesellschaftlichen Leistungen der Landwirte sein. Da Agrarmärkte für Preisschwankungen besonders anfällig sind, müssen neue Modelle der Marktstabilisierung und der Risikoabsicherung entwickelt werden. Als ein Element fordern wir als Bauernverband hier eine steuerliche Risikorücklage. Agrarumweltmaßnahmen, sollen sie erfolgreich sein, müssen wieder eine Anreizkomponente haben – der Wegfall war ein grober Fehler. Falls es zu Kürzungen der EU-Prämien kommt, muss die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete erhöht werden. Es gibt keinen Anlass, keine Rechtfertigung für eine „revolutionäre“ Veränderung der GAP – sie wird wie in der Vergangenheit im Sinne von „Evolution“ weiterentwickelt und der Zeit angepasst werden. Der Abbau von Agrarmarktregulierungen wird sich fortsetzen – eine politische Rückkehr zu staatlichen Preis- und Mengenregulierungen wird es nicht geben.